

01 | Okt. 2014

Attersee. *REPORT*

„Zivilcourage“

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt
Festgesang gegen den Zeitgeist

Thomas Petersen
Geduldete und geächtete Meinungen

Jerzy Prokopiuk
Noch ist Polen nicht verloren

Lothar Höbelt
Meinungsdruck einst und jetzt

Ulrike Reisner
Tourismus: Eine trügerische Idylle

Orientierung zum Zeitgeschehen

USA: Weltmacht mit Ablaufdatum

Die Uhr zeigt 30 Jahre nach 12

Zeitfragen - Perspektiven - Impulse

freidenken
attersee kreis

Inhalt

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt Der Festgesang gegen den Zeitgeist	Seite 5
Thomas Petersen Geduldete und geächtete Meinungen	Seite 11
Jerzy Prokopiuk Noch ist Polen nicht verloren	Seite 15
Lothar Höbelt Meinungsdruck einst und jetzt	Seite 18
Ulrike Reisner Tourismus: Eine trügerische Idylle	Seite 21
Orientierungen zum Zeitgeschehen	Seite 25
USA: Weltmacht mit Ablaufdatum	Seite 27
Die Uhr zeigt 30 Jahre nach 12	Seite 28

IMPRESSUM

Medieninhaber: Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee ■ Herausgeber: Komm.Rat. Alois Gradauer
■ Medien-Management: Gert Bachmann ■
Alle: Blütenstraße 21/1, A-4040 Linz/Donau, Tel.: (0732) 736426, E-Mail: verein@atterseekreis.at ■
Redaktionelle Gestaltung: Andreas Kirschhofer-Bozenhardt, Gaferlweg 3; A-4073 Wilhering, Tel.: (07226) 4002-43,
E-mail: kirschhofer@drei.at
Fotos sofern nicht gekennzeichnet: Fotolia.com / Pixelio.de

Vorwort

NAbg. a. D. KommR Alois Gradauer Präsident des Atterseekreises

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,

Sie werden sich bei Erhalt des „Attersee-Reports“ vielleicht fragen, wofür ein zusätzliches Medium zu Politik und Zeitgeschehen angesichts der Riesenflut von Berichten, Leitartikeln und Essays eigentlich gut sein soll. Unsere Antwort beruht auf der Überzeugung, daß viele Probleme heutzutage zu einseitig beleuchtet werden oder überhaupt im Dunkel bleiben. Was unserem Eindruck nach fehlt, sind Orientierungen über gesellschaftliche Zusammenhänge, manchmal aber auch empirisch begründete Gegenpositionen zu allzu einäugigen Betrachtungen. Die Wahrheit ist laut Hegel bekanntlich das Ganze.

Wir sind froh, für unser publizistisches Vorhaben einen Gestalter gefunden zu haben, dessen beruflicher Lebensweg ihn für die anspruchsvolle Aufgabe prädestiniert: Andreas Kirschhofer war zu Beginn seiner Laufbahn als stellvertretender Chefredakteur einer renommierten Tageszeitung tätig, wandte sich dann

am weltbekannten Institut für Demoskopie Allensbach der empirischen Sozialforschung zu und baute schließlich die Institutsgruppe IMAS-International auf. Angesichts dieser Sachverhalte fiel es mir als Präsident des Atterseekreises leicht, Andreas Kirschhofer die eingeforderte strikte Überparteilichkeit des Attersee-Reports und die uneingeschränkte redaktionelle Entscheidungsfreiheit zuzusichern.

Herausgeber und Redaktion wünschen sich sehr, daß die Schrift dem gemeinsamen Nachdenken über unser aller Zukunft von Nutzen sein wird.

Mit den besten Grüßen,

KR Alois Gradauer
Präsident des Atterseekreises



EIN MEDIUM STELLT SICH VOR

Liebe Leserin, lieber Leser,

dies ist die erste Ausgabe des Attersee-Reports. Ziel der Publikation ist es, Themen zur Diskussion zu stellen, über die im politischen Alltag kaum, jedenfalls aber zu wenig geredet wird. Allzu viel von dem, was unser gesellschaftliches Miteinander bestimmt, wird verdrängt, einseitig interpretiert oder verschwiegen.

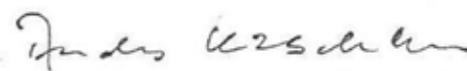
Und manches wird einfach übersehen, nicht bemerkt, denn der Wandel der Gesellschaft vollzieht sich unangemeldet. Er kommt, während die Politik im Schlummer liegt, schleichend, sozusagen durch die Hintertür. Genau darin sehen wir eine Gefahr: Wir wollen die Entwicklung nicht verschlafen, sondern ihr mit wachem Verstand auf den Fersen bleiben. Und wir wollen dem als Zeitgeist verkleideten "Mainstream" kritisch auf die Finger schauen. Dabei geht es nicht ums Nörgeln, Raunzen oder Verdammnis. Der Attersee-Report begreift sich nicht als Sprachrohr der simplen Verdrossenheit und des notorischen Protestes. Kritik muss unserer Meinung nach nicht destruktiv sein. Ihre eigentliche Funktion und Tugend besteht darin, Mängel aufzuzeigen, die Bürger für die Wahrnehmung von Fehlentwicklungen zu sensibilisieren und die Immunkräfte der Gesellschaft zu stärken.

Ganz wichtig: Der Attersee-Report ist kein Parteiorgan. Er ist keine politische Kaderschmiede, sondern versteht sich als eine überparteiliche Plattform, auf der politisch unterschiedliche Meinungen ihren gebührenden Respekt finden. Mit der Existenz dieser Publikation verbindet

sich die Einladung zum Dialog. Hier wird – wie auch der Autorenkreis unschwer erkennen lässt – nicht ausgegrenzt. Uns ist jeder willkommen, der Kompetenz besitzt, etwas zu sagen hat und es begründet. Dass wir selbst uns einer bürgerlich-liberalen Lebenswelt verbunden fühlen, in der Meinungsfreiheit, Meinungsvielfalt, Soziale Marktwirtschaft, Eigenverantwortung, Leistungsstreben, allerdings auch das Bekenntnis zu Familie und eigener Kultur einen hohen Stellenwert haben, ist eine Selbstverständlichkeit. Zugleich ist es aber auch Teil der gesellschaftspolitischen Symmetrie. Die Gauß'sche Normalverteilung des politischen Spektrums ist nämlich allemal besser, als eine Asymmetrie von Einfluss und Macht. Aus dieser Überzeugung heraus habe ich es übernommen, als parteiunabhängiger Gesellschaftsforscher und Publizist den Attersee-Report redaktionell zu begleiten. Dies war nicht zuletzt der Grund dafür, die Zivilcourage in den Mittelpunkt der ersten Ausgabe zu stellen und sie aus mehreren Perspektiven zu beleuchten.

Es wäre schön, wenn Ihnen der Attersee-Report gefiele und wenn es dem Autorenkreis gelungen wäre, Ihnen mit dieser Publikation die eine oder andere nützliche Überlegung zu bieten.

Herzlichst,



DER FESTGESANG GEGEN DEN ZEITGEIST

von Andreas Kirschhofer-Bozenhardt

Die Österreicher scheuen sich, ihre politische Gesinnung in der Öffentlichkeit zu vertreten und weichen der Frage nach der Parteinigung gern aus. Umso größer war ihre Bewunderung für Andreas Gabalier. Sein Festgesang gegen den Zeitgeist war zugleich ein Lehrstück für Zivilcourage und bestätigt die Theorie: Nur der, der die Isolation nicht scheut, kann etwas bewegen. Zum Verschweigen der bürgerlichen Lebenswelt besteht im übrigen kein Grund.

Eigentlich erscheint das Problem abgehakt. Andreas Gabalier hat die Bundeshymne beim Autorennen im Originaltext der Dichterin gesungen, die Politemanzen Rauch-Kallat und Heinisch-Hosek sowie die GRÜNEN haben den jungen Mann deswegen ausgezankt, für ihre Kritik von der Bevölkerung aber letztlich Prügel bezogen, das Interesse wendet sich mittlerweile wieder dem Tagesgeschehen zu. Trotzdem: So ganz ist die Sache noch nicht ausdiskutiert, denn das, was im Rückblick ein wenig burlesk erscheint, hat in Wirklichkeit einen beträchtlichen Erkenntniswert für den politischen Zustand des Landes. Noch ist nicht alles gesagt, was zum Thema Gabalier gesagt werden muss.

Das Motiv der Bewunderung

Zunächst verdient Aufmerksamkeit, warum und wofür der junge Mann in der Lederhose für seinen Auftritt in Spielberg von seinen Mitbürgern einen so begeisterten Applaus erhielt. Gelobt wurde nämlich nicht in erster Linie die Einfühlsamkeit seines Vortrags und das musikalische Erlebnis, sondern der Mut des Sängers,

die Hymne so wiederzugeben, wie er sie als Kind erlernt hatte. Aber wozu bedurfte es eigentlich des Mutes? Schließlich ging Gabalier kein wirkliches Risiko ein, denn die Töchter wurden zwar vom Parlament in die Hymne hineingezwängt, eine Bestrafung für das Festhalten am Urtext ist vom Gesetzgeber aber nicht vorgesehen. Wovor sollte Gabalier also Angst haben? Warum bewundern die Österreicher so sehr seinen Mut?

Die Antwort besteht darin, dass Gabalier in den Augen der Bevölkerung etwas gewagt hatte, was man nicht als eine Selbstverständlichkeit empfindet und was die meisten Bürger sich selber nicht zutrauen würden: Er hat einem Gesinnungsdruck widerstanden und damit ein Verhalten gezeigt, das seit Otto v. Bismarcks Wortprägung in der Mitte des 19. Jahrhunderts als Zivilcourage bezeichnet wird. Bemerkenswert ist dabei, dass der Gesinnungsdruck in Österreich nicht etwa von der Mehrheit der Bevölkerung, sondern im Gegenteil von einer Minderheit, im Wesentlichen von linksliberal orientierten Medien ausgeübt wird.

Die Farbmuster des Medienbiotops

An dieser Stelle ist zu vermerken, dass die politische Unterrichtung der Österreicher schwerpunktmäßig durch 17 Tageszeitungen, 5 relevante Magazine und den ORF erfolgt. Von den rund 500 aktiven Politjournalisten steht mehr als die Hälfte nach eigener Angabe links der Mitte; 34 Prozent sind bekennende GRÜNE. Besonders einseitig ist die politische Orientierung der Publizisten in Wien. Hier bezeichnen 65 Prozent der Redakteure ihre politische Ausrichtung als links, lediglich 12 Prozent als rechts. Bei den Fernseh-

und Radiojournalisten besteht zwischen Links und Rechts eine Ungleichheit von 60:8 Prozent. Dieser Sachverhalt ist besonders bedeutsam, zumal der ORF von der Bevölkerung als ein quasi offizielles Medium betrachtet wird und damit automatisch einen Glaubwürdigkeitsbonus besitzt.

Alles in allem verfügt das links-grüne Medienbiotop, in dem auch pseudoprogressive Künstler und sogenannte Intellektuelle angesiedelt sind, über die Deutungshoheit für das, was hierzulande gesagt und getan werden darf und was nicht. Das hat konkrete Folgen, denn der Bevölkerung werden Verhaltensweisen aufgedrängt, die dem bürgerlichen Empfinden widersprechen, wie etwa die schrankenlose Genderisierung. Verhaltensweisen, die vom diktierten Denkmuster abweichen, wie z.B. Heimatliebe, Be-

kenntnis zur eigenen Sprache und Kultur, Verneinung der rechtlichen Gleichstellung von homosexuellen Partnerschaften mit traditionellen Ehen etc. werden als rückständig, reaktionär, kleinbürgerlich bis hin zu faschistoid gebrandmarkt und an den psychologischen Pranger gestellt.

Dies alles hat einen Einfluss auf das Verhalten der Bevölkerung, denn es fördert das Verbergen von Meinungen und weckt realitätsferne Isolationsängste. Unter dem Eindruck des Medientenors entsteht bei den Bürgern eine sozialoptische Täuschung in dem Sinn, dass der Einzelne glaubt, einer Minderheit anzugehören, während die Denkmuster der Bevölkerung in Wirklichkeit eine Mehrheit gegenüber denen der Journalisten und der schrillen Boheme bilden.



Wie schwer es ganz allgemein den Österreichern fällt, ihre politische Färbung preiszugeben, verdeutlichen die Ergebnisse einer IMAS-Studie, bei der es darum ging, das Verhalten der Menschen in verschiedenen Situationen des Alltagslebens zu überprüfen. Die Demoskopien erkundigten sich in diesem Zusammenhang danach, was man in bestimmten Situationen tun sollte und wie man sich andererseits tatsächlich verhalten würde.

Den Umfragebefunden ist unschwer zu entnehmen, dass der Vorsatz, sich in kniffligen Situationen zu exponieren, durchwegs größer ist als die Tat. Dies gilt auch für den politischen Bereich. Nur ein Drittel der Erwachsenen ist bereit, die eigene politische Auffassung öffentlich gegen einer vermuteten Mehrheitsmeinung zu vertreten; nicht einmal drei von zehn Österreichern geben gern Auskunft über ihre Parteineigung. Sie ist offenkundig mit dem Geruch eines Tabus behaftet, insbesondere, wenn es um das Bekenntnis geht, auf demokratische Weise rechts der Mitte zu stehen. Der SPIEGEL-Redakteur Jan Fleischhauer schrieb dazu in seinem Buch „Unter Linken“ wörtlich: *„Niemand in Deutschland, der noch bei Trost ist, bezeichnet sich selbst als rechts. Denn: Rechts ist nicht nur das andere Ende des Meinungsspektrums, sondern ein Verdammungsurteil“*.

Abgesehen von der Gesamtbevölkerung wirkt sich die mediale Überpräsenz links-grünen Gedankenguts auch auf die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger aus und führt im bürgerlichen Lager zu einem unbegründet ängstlichen Defensiverhalten. Die geringe Exponierbereitschaft in den bürgerlichen Führungskreisen als Folge des Verkennens von öffentlicher und veröffentlichter Meinung ist nicht zu übersehen.

Aber auch in der Medienszene selbst hinterlässt die links-grüne Vorherrschaft ihre Spuren. Auch dort tendieren die zahlenmäßig unterlegenen Vertreter einer bürgerlichen Wertordnung zum verzagten Schweigen und zur Anpassung an die vermeintlich gültigen Vorgaben des Mainstreams.



Aufgrund der medialen links-grünen Überpräsenz sind manche Themen sowie Ansichten schon ein Tabu.

Das verbreitete Furchtverhalten im Journalismus ist freilich keineswegs neu und lässt sich historisch am Meinungsschwenk der Pariser Medien nach der Rückkehr Napoleons aus der Verbannung auf der Insel Elba (1815) belegen. Laut Friedrich Sieburgs Dokumentation verlief die Berichterstattung in folgenden Sequenzen:

Erste Reaktion der Pariser Medien: *„Das korsische Ungeheuer betritt wieder französische Erde.“*

Einige Tage später: *„Der Ursurpator versucht, die Garnison von Grenoble für sich zu gewinnen.“*

Noch etwas später: *„Napoleon nimmt von Lyon aus Kurs auf Paris.“*

Und schließlich: *„Seine Majestät der Kaiser zieht in seine Hauptstadt ein.“*

Wie man sieht, hat mangelnde Zivilcourage eine enge Verwandtschaft zum Opportunismus. Allerdings sind Wankelmüt und Schweigen nicht unbedingt deckungsgleich. Zu bedenken ist nämlich ein Motivhintergrund, der unter dem Begriff Isolationsfurcht firmiert.

Die Öffentlichkeit als Tribunal

Es liegt in der sozialen Natur des Menschen, sich nach einem harmonischen, möglichst widerspruchsfreien Verhältnis zur Umwelt zu sehnen. Die Allermeisten scheuen sich, von ihrer Umgebung zurückgewiesen oder geächtet zu werden und fürchten sich insgeheim vor einer Reaktion, die sich in Sarkasmus, verächtlichem Lachen, Empörung oder sogar dauerhafter Abwendung ausdrückt. Öffentlichkeit wird bisweilen als Tribunal empfunden. Die US-Forscher Salomon Asch und Stanley Milgram haben in mittlerweile legendär gewordenen Konformitätsexperimenten herausgefunden, dass Menschen bereit sind, sich Mehrheitsurteilen selbst dann anzuschließen, wenn sie mit eigenen Augen sehen und eigenen Ohren hören, dass diese Urteile falsch sind. Entscheidend ist, ob man mit der Anpassung eine akute Isolierung vermeiden kann.

Um die Wirkungsweise der Öffentlichen Meinung verstehen zu können, lohnt es sich, einen Blick in den Erfahrungsschatz der Forschung zu werfen und dabei in der Geschichte ein wenig zurückzublenden.

Die deutsche Empirikerin Elisabeth Noelle führte in ihrer „Schweigespирale“ zu vier Denkern, die der einschlägigen Wissenschaft besonders wertvolle Impulse verliehen haben. Der Älteste von ihnen ist der Engländer John Locke. Er war es, der erstmals auf den Konformitätsdruck aufmerksam machte, der von einem Meinungsklima ausgeht, als er zu Ende des 17. Jahrhunderts schrieb: *„...Niemand, der die Sitten und Auffassungen seiner Umwelt verletzt, entrinnt der Strafe ihrer Kritik und ihrer Feindseligkeit. Nicht einer unter 10 000 Menschen ist so unbeugsam und stumpf dass er sich aufrechterhalten könnte, wenn er in seinem Kreis nur auf Ablehnung und Unbeliebtheit stößt. In ei-*

ner Welt zu leben, in der einem die Mitmenschen ständig abweisend und verächtlich begegnen, ist eine zu schwere Last, als dass man sie ertragen könnte.“

Jean Jaques Rousseau brachte in weiterer Folge den Begriff „Öffentliche Meinung“ in Umlauf. Seine Schriften sind durchzogen von Hinweisen auf ihre Wirksamkeit. Rousseau sprach in diesem Zusammenhang von einem „Joch, unter das der Einzelne von der Gesellschaft gebeugt wird.“ Auch Alexis de Tocqueville unterstrich in seinem Buch „Über die Demokratie in Amerika“ den Konformitätszwang der Öffentlichen Meinung und machte darauf aufmerksam, dass der Druck nicht nur den einzelnen Bürger, sondern auch die Regierungen trifft.

Der Amerikaner Edward Ross schloss sich den Denkweisen seiner Vorgänger an, als er gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Soziale Kontrolle ins Spiel brachte. Ihre Kernthese lautet, dass von einem Meinungsklima Sanktionen körperlicher, wirtschaftlicher, vor allem aber psychologischer Natur ausgehen. Ihre Bandbreite reicht von der Verweigerung des Grußes bis zu einer Situation, in der „ein Individuum tot aus der Gesellschaft fällt“.

Der missachtete Aufschrei

Gemeinsam ist allen Erkenntnissen, dass die Öffentliche Meinung eine Kraft darstellt, die zu Integration und Anpassung zwingt, auch zwischen Regierenden und der Wählerschaft. So gesehen, stimmt das Geschehen um den Sänger Gabriel, der die Bundeshymne zwar (im Sinne der Dichterin) literarisch korrekt, politisch aber unkorrekt rezitierte, nachdenklich, denn es enthüllt einen gesellschaftspolitischen Krankheitszustand. Unter der glatten Oberfläche des Wohlstands ruhmort ein tiefes Unbehagen, das von den Verkündigern der links-grünen Heilslehre

konsequent geleugnet wird.

Nicht nur die glücklose Frauenministerin Heinish-Hosek, auch der Bundespräsident unterlagen einer fundamentalen Fehleinschätzung der Öffentlichen Meinung, als sie die massenhafte Solidarisierung der Österreicher mit Andreas Gabalier als „bedrückend“, „besorgniserregend“, „Sommertheater“ und sogar als „Shitstorm“ zu disqualifizieren versuchten. Die abertausenden von Postings waren entgegen der Ansicht des Staatsoberhauptes sehr wohl ein Mehrheitsphänomen. Sie waren in Wirklichkeit ein Aufschrei und das verzweifelte Aufbäumen einer Bevölkerung, die keine andere Möglichkeit besitzt, ihre tiefe Verdrossenheit an der unerträglichen Missachtung ihrer Denkmuster und Interessen auszudrücken. Die Wähler würden ihren Willen zweifellos sehr gern auch in einem regulären Plebiszit kundtun, vorausgesetzt, dass man sie liebe.

Da den Bürgern trotz aller Versprechen die aktive politische Mitgestaltung verwehrt ist, bleibt nichts anderes übrig, als die eigenen Vorstellungen zumindest in in-

formellen Gesten auszudrücken. Andreas Gabalier hat das in Spielberg unbewusst und ohne jede parteipolitische Absicht symbolhaft getan. Sein gesanglich vermitteltes Bekenntnis zu einer ihm verteidigungswert erscheinenden Lebensform verdient ungeteilten Respekt. Eine funktionierende Gesellschaft kann ohne die deutlich bekundete Zuwendung ihrer Bürger nicht auskommen.

Elisabeth Noelle kleidete eine Kernerkenntnis ihrer Forschung in den lapidaren Satz: „Reden und Schweigen entscheidet über das Meinungsklima“. Quintessenz: Die Übereinstimmung mit der eigenen Lebenswelt muss artikuliert werden. Schweigende Duldung einer Zerstörung des Wertekanons ist unentschuldbar. Reden ist entgegen einem Sprichwort im gesellschaftspolitischen Bereich nicht Silber sondern Gold. ■



Der „Volksrock ,n‘ Roller, Andreas Gabalier, brachte mit seiner Art die Hymne zu singen die Diskussion ins Rollen.

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt

Andreas Kirschhofer Bozenhardt war zunächst am Institut für Demoskopie in Allensbach im Führungskreis um Prof. Elisabeth Noelle tätig. In dieser Zeit u.a. Informationsberater der Deutschen Atlantischen Gesellschaft. 1972 Aufbau der Institutsgruppe IMAS International mit starken Akzenten auf Kommunikations- und Gesellschaftsforschung. Zahlreiche Publikationen



Die 7 Hauptsünden unserer Zeit

1. Reichtum ohne Arbeit
2. Genuss ohne Gewissen
3. Wissen ohne Charakter
4. Geschäft ohne Moral
5. Wissenschaft ohne Menschlichkeit
6. Religion ohne Opfer
7. Politik ohne Prinzip

Mahatma Ghandi



Zitat:

Man kann nicht denken,
wenn man es eilig hat.

Platon



Wer?

Wie?

Was?

Wo?

GEDULDETE UND GEÄCHTETE MEINUNGEN

von Thomas Petersen

Auch der renommierte deutsche Sozialforscher Thomas Petersen erinnert im Zusammenhang mit der Zivilcourage an die von Elisabeth Noelle entwickelte Schweigehypothese und an die Isolationsfurcht. Dazu bringt er eine interessante demoskopische Überprüfung des Problems aus dem Datenfundus des Instituts für Demoskopie Allensbach.

Es könnte sich lohnen, eines Tages ein kleines Lexikon der zweckentfremdeten Begriffe anzulegen. Sicherlich müsste einer der Einträge dem Stichwort "Freiheit" gewidmet sein, das Despoten in aller Welt seit Jahrhunderten versuchen, als Etikett für ihre Gewaltherrschaften zu missbrauchen.

Ein weiterer Eintrag müsste dem Begriff des Liberalismus gewidmet sein, dessen ursprüngliche Bedeutung seit Jahren eifrig auf das für die meisten Menschen negativ klingende Stichwort "Neoliberalismus" umgeladen wird, so dass man schließlich verschiedene Spielarten der Gängelung und Intoleranz als "wahren Liberalismus" propagieren kann.

Ein besonders interessantes Beispiel wäre der Begriff "Zivilcourage". Er wird gerne von Menschen reklamiert, die Forderungen erheben, die sich im Einklang mit der öffentlichen Meinung befinden. Als Ausweis von Zivilcourage gilt es beispielsweise, an Massendemonstrationen für soziale Gerechtigkeit oder gegen den

Rechtsextremismus teilzunehmen. Doch das ist ein Missverständnis. Die Teilnahme an solchen Veranstaltungen mag loblich sein und dem Gemeinwesen dienen, doch ein Zeichen für Zivilcourage ist sie nicht, denn es erfordert keinen Mut, sich so zu verhalten. Es ist leicht, eine Meinung zu vertreten, wenn man sich von tausenden Gleichgesinnten umgeben und der Unterstützung der Öffentlichkeit sicher weiß.

Wenn der Begriff der Zivilcourage überhaupt einen Sinn machen soll, dann kann er nur bedeuten, dass sich jemand auch dann öffentlich für das Gemeinwesen einsetzt, wenn er damit rechnen muss, dass er mit seiner Meinung allein dasteht, dass er also seine Furcht vor Isolation überwindet. Das erfordert gewaltigen Mut. Nicht ein Mensch unter zehntausend, schrieb einmal der englische Philosoph John Locke, sei so unempfindlich, als dass er die fortgesetzte Zurückweisung seines Umfeldes ertragen könne.

Die große Pionierin der deutschen Umfrageforschung Elisabeth Noelle-Neumann hat in ihrem Buch „Die Schweigespirale“ die gesellschaftliche Funktion der Isolationsfurcht beschrieben. In freien Gesellschaften müssen die Regeln des Zusammenlebens, Werte, Normen, immer wieder neu ausgehandelt werden, damit das Gemeinwesen handlungsfähig bleibt. Das geschieht jederzeit und unbewusst: Die Menschen registrieren aufmerksam, mit welchen Meinungen und Verhaltensweisen sie sich im Rahmen des Akzep-

tierten bewegen und mit welchen nicht. Wer sich außerhalb der Norm wiederfindet, wird in aller Regel versuchen, sich anzupassen, um Isolation zu vermeiden. Es kostet große Kraft, diesem Drang zu widerstehen.

Womit kann man sich den Mund verbrennen?

Will man also verstehen, welche Kräfte in einer Demokratie vorherrschen, lohnt es sich, sich mit ihren ungeschriebenen Gesetzen auseinanderzusetzen. Welche Meinungen und Verhaltensweisen werden geduldet und welche nicht? Wo gibt es Intoleranzen und Tabus?

Aufschluss bietet hier zumindest mit Bezug auf Deutschland, eine Repräsentativumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach vom Frühjahr 2013. In diese Umfrage wurde ein kleines Experiment eingebaut: Die eine Hälfte der Befragten bekam einen Kartenstapel überreicht. Auf jeder Karte stand eine Aussage, die dem Grundton der öffentlichen Moral widersprach, und von der man annehmen konnte, dass sie bei vielen Menschen auf teils heftigen Widerspruch stoßen würde. Beispiele sind „Die Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg“, „Man sollte die Mauer wieder aufbauen“ oder „Frauen gehören an den Herd.“

Die Befragten wurden gebeten, diese Aussagen in drei Kategorien zu sortieren, nämlich einmal Aussagen, die sie richtig fanden, zweitens Aussagen, die sie zwar nicht richtig fanden, von denen sie aber meinten, es müsse erlaubt sein, so etwas zu sagen, und schließlich drittens Aussagen, von denen sie fanden, es müsse verboten sein, so etwas zu sagen. Die

andere Hälfte der Befragten bekam dieselben Aussagen vorgelegt. Sie wurden jedoch gefragt, mit welchen dieser Aussagen man in der Öffentlichkeit anecken, sich „leicht den Mund verbrennen“ könne.

Das unterschätzte Grundgesetz

Es zeigte sich, dass es in der Bevölkerung ein bemerkenswert großes Maß an Intoleranz gegenüber Meinungen gab, die den eigenen Vorstellungen widersprachen. Bei zehn der insgesamt 21 Aussagen waren erhebliche Teile von mindestens einem Drittel der Bevölkerung der Meinung, man müsse sie verbieten. Der Gedanke, dass das im deutschen Grundgesetz verankerte Prinzip der Meinungsfreiheit auch für abseitige Meinungen, für Tabubrüche und moralisch vielleicht schwer erträgliche Positionen gilt, liegt vielen Menschen offensichtlich fern.

Aufschlussreich ist nun vor allem der Vergleich der tatsächlichen mit den „gefühlten“ Tabuzonen. Es liegt zunächst nahe anzunehmen, dass die Meinungsäußerungen, bei denen besonders viele Menschen sagen, sie sollten verboten werden, auch die sind, bei denen die meisten sagen, man könne sich mit ihnen den Mund verbrennen. Doch das war bei der Umfrage nur zum Teil der Fall. Zwar gab es Äußerungen, die viele verboten sehen wollten, und die viele Menschen auch als heikel in der Öffentlichkeit empfanden, doch es gab auch einige Punkte, bei denen das Gefühl, dort könne man sich den Mund verbrennen, wesentlich ausgeprägter war, als die tatsächliche gesellschaftliche Intoleranz. Dies war besonders bei Aussagen der Fall, die das Thema Einwanderung oder auch die Geschlechterrollen betrafen. Da in diesen Fällen der Eindruck, man könne sich mit einer Aussage zu diesen Themen den Mund verbrennen, nicht hauptsächlich auf der Beobachtung des persönlichen



Gilt sie nur für vorgegebene Meinungen?

Umfelds beruhen konnte, bleibt als Erklärung letztlich nur die Berichterstattung der Massenmedien übrig, die neben persönlichen Kontakten die zweite bedeutende Quelle der Information über das Meinungsklima ist.

Nun gibt es ohne Zweifel gerechtfertigte, aber sicherlich auch ungerechtfertigte

Tabus. Wer sich letzteren trotz des von Gesellschaft und Medien ausgeübten Isolationsdrucks entgegenstellt, etwa indem er sich öffentlich für das Recht auf freie Meinungsäußerung auch derer einsetzt, die vom Konsens abweichende Haltungen vertreten, der beweist damit echte Zivilcourage. ■

Thomas Petersen

Thomas Petersen zählt zu den führenden deutschen Empirikern und Kommunikationswissenschaftlern. Er war u.a. Präsident der World Association of Public Opinion Research und verfasste gemeinsam mit Elisabeth Noelle das Standardwerk für die Umfrageforschung "Alle, nicht jeder". Dr. Petersen ist Gastdozent zahlreicher Universitäten sowie Gastkommentator der FAZ.



Zitat:

Opportunisten von heute schreiben über Opportunisten von gestern und sind fest davon überzeugt, daß sie keine Opportunisten gewesen wären, wenn sie gestern gelebt hätten.

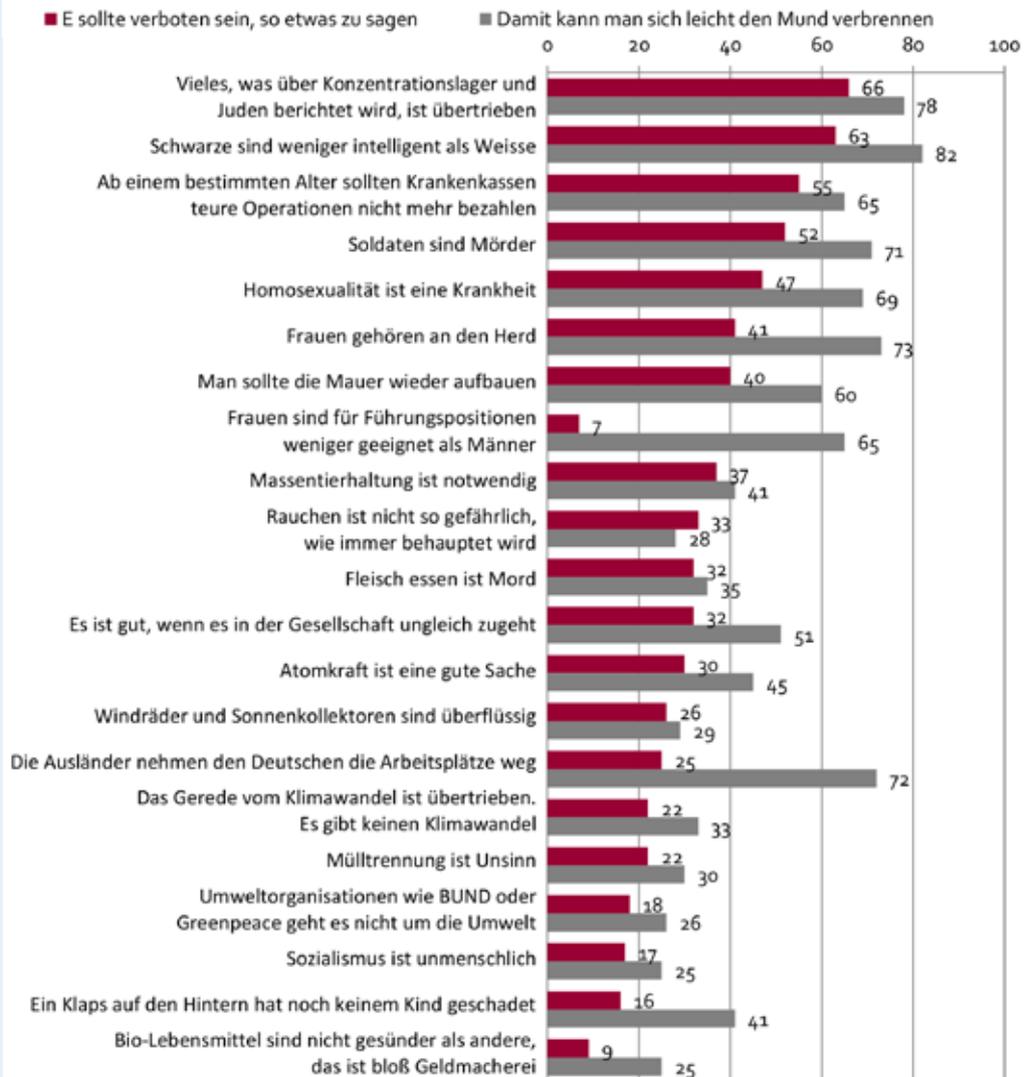
R. Blasius in FAZ

Tatsächliche und gefühlte Tabuzonen

FRAGEN: "Hier auf diesen Karten sind verschiedene Aussagen aufgeschrieben, zu denen man unterschiedlicher Meinung sein kann. Bitte verteilen Sie die Karten auf das Blatt, je nachdem, ob Sie diese Aussage richtig finden, oder ob Sie die Aussage zwar falsch finden, aber man es Ihrer Ansicht nach niemandem verbieten sollte, das zu sagen, oder ob es verboten sein sollte, so etwas zu sagen."

(Kartenspiel- und Bildblattvorlage)

NACHFRAGE: "Es gibt ja verschiedene Ansichten, mit denen man aneckt, wenn man sie in der Öffentlichkeit äußert. Hier auf diesen Karten sind einige Aussagen aufgeschrieben. Bei welchen davon würden Sie sagen, das sind besonders heikle Aussagen, mit denen kann man sich leicht den Mund verbrennen?" ■



Angaben in Prozent; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11005



NOCH IST POLEN NICHT VERLOREN

von Jerzy Prokopiuk

Vor einem Vierteljahrhundert sind die kommunistischen Systeme in Osteuropa zusammengebrochen. Wie hat sich das auf die Denkweisen der Menschen ausgewirkt? Besonders interessant ist die Frage, wie die tiefgläubigen Polen nach der Befreiung vom marxistischen Joch auf den allgemeinen Säkularisierungsprozess in Europa reagiert haben. Jerzy Prokopiuk, Chef des polnischen IMAS in Wroclaw, ist ein besonders guter Kenner der Szene. Sein nachstehender Bericht zeigt ein dramatisches Kräftespiel von öffentlicher und veröffentlichter Meinung mit einem überraschenden Zwischenergebnis.

1989 – nach mehr als vierzig düsteren Jahren Sowjetsozialismus – wurde auch in Polen alles anders: das politische System, die Wirtschaftsordnung und nicht zuletzt die Denkweisen der Menschen. Auch für die katholische Kirche stellte sich die Situation neu und anders dar. Über einen endlos erscheinenden Zeitraum hinweg hatte sich die Kirche dank der charismatischen Kardinäle Wyszyński und Glemp erfolgreich gegen die kommunistische Macht behauptet und überdies die Wirrungen in den westlichen Schwesterkirchen nach dem 2. Vatikanischen Konzil vermieden. Nun war sie plötzlich mit einer Herausforderung anderer Art, nämlich den fortschreitenden Säkularisierungsprozessen des westlichen Europas konfrontiert. Es ging dabei abermals um die Frage, ob die Gläubigen genügend Kraft und Mut besitzen, ihre Überzeugungen und ihre Werte zu verbreiten und zu verteidigen.

Rigideres Sexualverhalten

Skeptische Beobachter des Geschehens prophezeiten, dass die polnische Kirche nach der Wende den gleichen Weg gehen werde wie die Kirchen Westeuropas, in denen die religiösen Praktiken nur noch undeutlich erkennbar sind. Diese Prognose schien sich bei flüchtiger Betrachtung zu bestätigen, denn die Besucherzahl der Sonntagsmesse ist tatsächlich von 52 Prozent (1980) auf nunmehr 39 Prozent gesunken. Der Prozentsatz der Bewohner, die sich grundsätzlich zum katholischen Glauben bekennen, blieb allerdings – anders als in Österreich – auf einem hohen Niveau von 95 Prozent.

Was in Polen vor allem überrascht, ist, dass sich gegenläufig zum seltener gewordenen Besuch der Sonntagsmesse einige mit dem Glauben zusammenhängenden Denk- und Verhaltensweisen im Laufe der letzten Jahre verstärkt haben. Vergrößert (von 8 auf 16 Prozent) hat sich zunächst der Kreis der Personen, die die Kirche nicht nur besuchen, sondern dort auch Beichte und Kommunion praktizieren. Unabhängig davon ist die Einstellung der Polen zur Frage der Sexualmoral strenger geworden: Die Gegnerschaft von Abtreibung und Verhütungsmitteln hat zugenommen und vorehelicher Sex wird vergleichsweise weniger toleriert als vor einigen Jahren.

Die Kirche im Kreuzfeuer

Das Staunen über diese empirisch belegten Sachverhalte ist umso größer, wenn man sie in eine Beziehung zu den zeit-

geistigen Strömungen setzt, die den Polen durch die Medien vermittelt werden. Bei einem Blick in die polnische Medienwelt zeigt sich, dass der überwiegende Teil der elektronischen Medien, die größten Informationsportale im Internet, das Fernsehen und ein beträchtlicher Teil der Tageszeitungen links-liberal eingestellt ist und der Kirche ablehnend gegenübersteht. Im jüngst erschienenen Buch "Kirche in der Gazeta Wyborcza" wird beispielsweise über eine Untersuchung berichtet, bei der 7000 Ausgaben dieser landesweit größten Informationszeitung im Hinblick auf die Darstellung des religiösen Lebens in Polen überprüft wurde.

Die Quintessenz des Autors: „Es war schwierig, eine einzige Ausgabe zu finden, die nicht zumindest einen Angriff auf die Kirche enthalten hätte.“



Sind die polnischen Katholiken, im Bild die Statue von Papst Johannes Paul den 2., Opfer des linken Gutmenschen?

Nur ein kleiner Teil der polnischen Tageszeitungen duldet wenigstens die Sichtweise der Kirche in sozialen und ethischen Belangen oder verhält sich zumindest neutral und präsentiert unterschiedliche Standpunkte. Bei den fünf Wochenzeitungen ist es so, dass drei von ihnen ein eindeutig katholisches Profil haben. Dies ist jedoch wenig, um der Wirkungskraft der Tagespresse und der elektronischen Medien Paroli bieten zu können.

Vor diesem Hintergrund können sich viele Initiativen und Pläne des katholischen Milieus nur schwer entfalten und bleiben ohne publizistische Unterstützung. Abgesehen davon kommt es immer wieder zu Kontroversen zwischen Medien und Kirche. Besonders heiß ging es zu, als die

Kirche eine Schrift der WHO kritisierte, in der bestimmte sexuelle Verhaltensweisen schon für Kinder ab dem 4. Lebensjahr begrüßt und empfohlen wurden. Brisant wurde die Lage vor allem dadurch, dass die Bischöfe einen Brief gegen die Genderologie verfassten und diesen in den Messen verlautbaren ließen. Die Kirchenmänner wurden daraufhin von den Medien in wüster Weise beschimpft. Manche Journalisten verstiegen sich sogar dazu, die Ablehnung des Genders mit Judenhass gleichzusetzen.

Gewissenserklärung von 3.500 Ärzten

Die heftigste Auseinandersetzung zwischen links-grünen Medien und den rechts stehenden Katholiken wurde durch eine sogenannte „Gewissenserklärung“ von 3.500 Ärzten verursacht, die sich darin auf ihr christliches Verständnis von Geschlecht und Fruchtbarkeit beriefen. Den Ärzten wurde von den linken Medien daraufhin vorgeworfen, dass sie ihr Gewissen dem Staatsrecht vorziehen. Zum Mittelpunkt des Streits wurde der Chef eines besonders renommierten Warschauer Krankenhauses, Prof. Bogdan Chazan, als er sich aus Gewissensgründen den Abtreibungen widersetzte. Das mediale Rudel forderte daraufhin seine Absetzung, schickte ihm fünf verschiedene Kontrollinstanzen an den Hals und erreichte es tatsächlich, dass er ohne die Chance einer Rechtfertigung abberufen wurde. Dieser Vorgang bildet einen schreienden Kontrast zu den kürzlich enthüllten Aufnahmen, in denen Spitzenpolitiker in vulgärer Sprache Rechtswidrigkeiten zum Besten gaben.

Die Kraft des Trotzes

Ungeachtet eines vielgestaltigen Gesinnungsdrucks hält die Bevölkerung ziemlich unbeirrt an ihren religiösen Überzeugungen und Wertvorstellungen fest. Man

könnte es fast formelhaft ausdrücken: Je intensiver die links-liberalen Medien versuchen, die Gläubigen in die Ecke zu drängen, umso mehr entfalten sich die Initiativen zur Verteidigung der Glaubensfreiheit. Dabei spielt sicherlich auch der den Polen eingeborene Trotz mit, der im historischen Erlebnis, sich immer wieder gegen Fremdherrschaft behaupten zu müssen, wurzelt. Man darf nicht vergessen, dass es den Polen gelungen ist, ihre nationalen Eigenheiten über mehrfache Teilungen ihres Landes hindurch zu bewahren. Angesichts dieser Situation haben die Worte der Nationalhymne *„Noch ist Polen nicht verloren“* einen neuen und zeitgemäßen Sinn erhalten.

Die Art des inneren Widerstands gegen den Mainstream manifestiert sich oft schlicht und einfach im demonstrativen Beten. Als beispielsweise die Initiative „Jesus im Stadion“ zu einer gemeinsamen Andacht aufrief, versammelten sich rund 60 000 Menschen in der größten Nationalarena des Landes und feierten miteinander die Messe. Die Mainstream-Medien hatten in diesem Fall recht schlechte Karten und wenig argumentative Chancen, ohne sich selbst dem beliebten Vorwurf des „Rassismus“ auszusetzen, denn der Hauptredner war ein Priester aus Uganda. ■

Jerzy Prokopiuk

Jerzy Prokopiuk absolvierte zunächst ein Theologiestudium in seiner Heimatstadt Wroclaw. In weiterer Folge wandte er sich der empirischen Sozial und Wirtschaftsforschung zu. Als Direktor des polnischen IMAS Instituts ist J. Prokopiuk zugleich ein besonders guter Kenner der polnischen Gesellschaft und ihrer Entwicklung nach der Liberalisierung des Landes.



Zitat:

„Das Übel kommt nicht von der Technik, sondern von denen, die sie mißbrauchen.“

J. Cousteau

auch die Medienlandschaft in Mitleidenschaft gezogen. Die sogenannte unabhängige Presse hat die Parteizeitungen ersetzt – wer sich davon mehr Vielfalt erwartet, wird enttäuscht. Das Resultat ist ein „mainstream“, der kaum noch Differenzierungen zulässt. Journalisten wechseln öfters die Blätter und wollen ihre Karrierechancen nicht durch exzentrische Standpunkte einengen. Herausragende Einzelpersonlichkeiten mit klaren Standpunkten sind selten geworden. Die Schulmeisters und Nimmerrichters haben keine Nachfolger gefunden; Unterberger musste auf das Internet ausweichen; allenfalls Christian Ortner ist als Solitär erhalten geblieben. Die Funktion der Kronen-Zeitung als Gegengewicht zur Berichterstattung des ORF ist seit dem Tode Hans Dichands auch nicht mehr das, was sie einmal war.

Welcher Großvater hat auf wen geschossen?

Die politischen Lager wurden vielfach durch Vererbung tradiert. Ähnlich wie in Irland, konnte man in Österreich sagen: Wer welche Partei wählt, hängt davon ab, welcher Großvater im Bürgerkrieg auf wen geschossen hat. Reste dieser Versäulung haben sich erhalten, vielfach mehr die Abstoßungseffekte als die positive Identifikation.

An die Stelle der vertikalen Weitergabe von Ansichten und Haltungen ist die horizontale Ebene getreten: Peer group pressure, der Druck der Gleichaltrigen – auch das kein komplett neues Muster, aber eines, das weniger als früher durch Einflüsse von Tradition und Elternhaus ausbalanciert wird. Selbst beim Wahlverhalten spielt der Faktor „Generation“ inzwischen schon eine beachtliche Rolle.

Dazu kommt eine viel größere berufliche Abhängigkeit vieler moderner Menschen – gerade der sogenannten „Multiplikatoren“ – von ihrer Umgebung. Im 19. Jahrhundert lebten die meisten politisch aktiven Menschen von ihren Renten oder vom Ertrag ihrer Landwirtschaft; aber wehe dem Mitglied der heutigen Seitenblicke-Gesellschaft, das in Verdacht gerät, in Punkto political correctness nicht so ganz verlässlich zu sein.

Unglaubwürdigkeit bremst Wirkung des Gesinnungsdrucks

All diese Faktoren helfen mit, Meinungsdruck zu verstärken. Freilich: Zu Hilfe kommt uns der Umstand, dass in Österreich der Einfluss der Regierung auf die Medien zwar ein beträchtlicher ist, die

Lothar Höbelt

Lothar Höbelt ist Professor für neuere Geschichte an der Universität Wien, Gastprofessor der Univ. Chicago und gilt als einer der besten Kenner der Politik und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jhdts. sowie des Liberalismus. Einem breiten Publikum bekannt ist Prof. Höbelt auch durch seine Diskussionsbeiträge im ORF.



Österreicher aber weder der Regierung noch den Medien allzu sehr glauben. Diese unterschwellig-subversive Haltung teilt Österreich mit Italien und manchen anderen mediterranen Kulturen. Sie unter-

scheidet uns von Skandinavien oder auch der Bundesrepublik.

Gut, dass Österreich wenigstens in dieser Beziehung zu Südeuropa gehört. ■

Murphys Gesetze

Alles Gute im Leben ist entweder ungesetzlich, unmoralisch oder es macht dick



Das, was Du suchst, findest Du immer an dem Platz, an dem Du zuletzt nachschaust



Freunde kommen und gehen, aber Feinde sammeln sich an



Wenn etwas klemmt, wende Gewalt an. Wenn es kaputt geht, hätte es ohnehin erneuert werden müssen



Ein Computerprogramm tut, was Du schreibst, nicht was Du willst



Man hat niemals Zeit, es richtig zu machen, aber immer Zeit, es noch einmal zumachen.



Jeder hat ein System, reich zu werden, das nicht funktioniert.



TOURISMUS: EINE TRÜGERISCHE IDYLLE

von Ulrike Reisner

Seit Jahren steigen in Österreich die Ankünfte und Übernachtungen von Touristen. Seit Jahren sonnt sich die Politik im Glanz eines – so scheint es – nie enden wollenden Aufwärtstrends. Ein Blick hinter die Zahlenkulisse zeigt jedoch: ganz so rosig ist es um Österreichs Tourismus beileibe nicht bestellt.

Auf dem Papier sieht es ganz respektabel aus: Laut Statistik Österreich stiegen hierzulande die touristischen Ankünfte von 1995 bis 2013 um sagenhafte 52 Prozent auf eine Gästezahl von 36,8 Millionen. Bei den Übernachtungen fällt der Sprung nicht ganz so imponierend aus, doch auch hier zeigt der Trend nach wie vor nach oben. 132,6 Millionen Mal übernachteten im vergangenen Jahr Touristen aus aller Welt im Alpenland. Das Geschäft, möchte man meinen, brummt. Ein Tourismus-Satellitenkonto misst seit 2000 die volkswirtschaftliche Bedeutung des früher als "Fremdenverkehr" bezeichneten Wirtschaftszweiges: Rund 23 Milliarden Euro, so die Berechnung, beträgt seine Gesamtwertschöpfung, sein Beitrag zum BIP immerhin 7,3 Prozent.

Der Tourismus wird immer dann zur "Chefsache" erklärt, wenn die Politik gute Neuigkeiten braucht. Gerade in den Krisenjahren nach 2008, als eine Hiobsbotschaft die nächste jagte, erwies sich die

Freizeitbranche nicht nur als besonders resistent, sie legte sogar noch zu. Dafür gab es mediales Schulterklopfen, und das war es dann auch. Tatsache ist aber, dass der Tourismus in Österreich auf tönernen Füßen steht.

Tatsache ist, dass steigende Ankunfts- und Übernachtungszahlen nur wenig Aufschluss darüber geben, wie es diesem Wirtschaftszweig tatsächlich geht. Tatsache ist auch, dass die Rahmenbedingungen für Unternehmer immer schwieriger werden und dass die Politik darauf kaum Antworten hat. Österreichs Vorzeigebbranche gerät immer mehr unter Druck.

Zu den markanten Kennzeichen des österreichischen Tourismus zählt die Dominanz kleiner, meist von Unternehmerfamilien geführter Betriebe. Die hohe Standortgebundenheit, die Abhängigkeit von öffentlichen Gütern sowie die kleinteilige Struktur im naturräumlichen und ökonomischen Sinne bilden eine gewaltige Herausforderung. Dazu kommen politische Wünsche von der Tourismus- und Freizeitwirtschaft: Sie soll – vor allem in peripheren Regionen – für regionalen Ausgleich sorgen, die Regionen im Standortwettbewerb stärken und einen soliden Beitrag zur Exportquote leisten. Daher werden unternehmerische Initiativen im Tourismus vor allem dann gefördert, wenn damit neue Betriebe, weitere Arbeitsplätze, steigende Einkommen und dement-

sprechende Wertschöpfung zu erwarten sind. Die Kehrseite der Medaille ist eine heute veraltete Betten- und Betriebsstruktur, eine quer durch die österreichischen Regionen vorhandene Eigenkapital- und Finanzierungsproblematik bei Tourismusbetrieben sowie ein wachsendes Betriebsnachfolgeproblem.

Altlasten für künftige Generationen?

Viele unserer Alpentäler sind heute auf Grund intensiver touristischer Nutzung übererschlossen. Mit technisch ausgereiften Infrastrukturen, wie modernen Gebirgsstraßen, Galerien, Lawinen- und anderen Schutzbauten wird gewährleistet, dass der Reiseverkehr in die Bergregionen bei jeder Witterung bewältigt werden kann. Starkwetterereignisse, vor allem Hoch-

wässer, machten zuletzt aber deutlich, dass selbst die fortschrittlichste technische Infrastruktur binnen Stunden von Naturgewalten zerstört werden kann. Die Wiederherstellung ist aufwändig, teuer und übersteigt oft die finanziellen Möglichkeiten der öffentlichen Hand.

Die starke Konzentration des heimischen Tourismus auf Fragen der Unternehmensführung, der Destinationsbildung und des Marketing hat die Sicherung dieser Basisinfrastrukturen in den letzten Jahren in den Hintergrund gerückt. Doch mit deren zunehmender Gefährdung durch latenten (weil veraltet)

oder akuten (weil durch Starkwetterereignisse in Mitleidenschaft gezogen) Sanierungsbedarf wird die Diskussion dieser Frage zu einer Kernaufgabe der Regionen und damit zur Herausforderung für

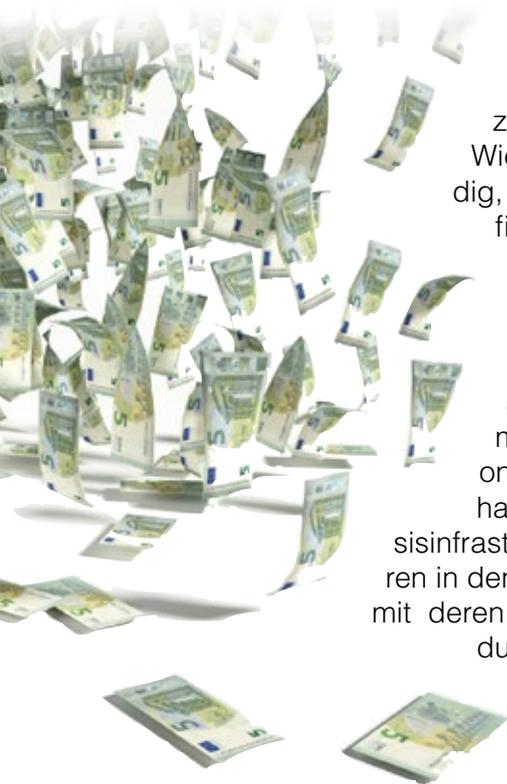
alle Tourismusverantwortlichen in Österreich.

Allerdings erscheinen im tagespolitischen Geschäft viele der notwendigen Maßnahmen unpopulär. Sollen beispielsweise Gefahrenzonenpläne weiter verschärft und damit riskiert werden, dass Bauland in den Alpen noch knapper und damit teurer wird? Wie erklärt man einer Freizeitgesellschaft, dass die Liftpreise angehoben werden müssen, weil durch steigende Temperaturen die Permafrostböden in Bewegung geraten und daher die Fundamente der Bergbahnen gefährdet sind? Wie lassen sich die Kosten der notwendigen verkehrstechnischen Sicherung in den Alpen auf eine mobile Bevölkerung umlegen, die ungeachtet von klimatischen und topografischen Bedingungen jederzeit „zum kleinsten Preis“ reisen möchte?

Der Schutz des Lebens- und Freizeitraumes Alpen verschlingt in Österreich bereits jetzt viele Milliarden Euro, die in Schutzwälder, in die Pflege von erosionsgefährdeten Wassereinzugsgebieten, in die Renaturierung von Flüssen, in Schutzbauten und Frühwarnsysteme investiert werden müssen. Allein der Gesamtwert aller bisher in den Alpen errichteten Hangschutzbauten wird auf mehrere hundert Milliarden Euro geschätzt, und es besteht die Gefahr, dass diese Bauten auf Grund ihres enorm hohen Instandhaltungsaufwandes zur Altlast für die kommenden Generationen werden.

Echte Reformen gefragt

Bund, Länder und Gemeinden werden zur Sicherung ihres eigenen Lebens- und Wirtschaftsraumes nicht nur die Finanzierung dieser Basisinfrastrukturen sichern müssen. Was passiert mit all den Schwimmbädern, Sportplätzen und kleineren Skigebieten, die oft mit Unterstüt-



zung der öffentlichen Hand errichtet worden sind? Für die meisten Gemeinden sind diese Freizeitinfrastrukturen längst zur Dauerbelastung geworden, für Sanierung oder Modernisierung fehlen die Mittel. Auslagerungen, Umgründungen oder (Teil-)Privatisierungen verlagern das Problem meist nur auf eine andere Ebene: Die roten Zahlen bleiben, Defizite werden nach wie vor – wenn auch auf Umwegen – durch den Staat ausgeglichen.

Der Tourismus, der vor allem in entlegenen österreichischen Alpengebieten ein wichtiges wirtschaftliches Standbein darstellt, könnte massiv an Attraktivität verlieren, wenn beispielsweise die Frage der langfristigen Sicherung einer modernen und leistungsfähigen Basis- und Freizeitinfrastruktur nicht geklärt wird. Hierzu ist die Politik gefordert. Nur in einem Gemeinde- und Ländergrenzen überschreitenden, nachhaltigen Zusammenspiel der politischen und wirtschaftlichen Kräfte werden Lösungen für die kommenden Jahrzehnte zu finden sein. Die Freizeitwirtschaft, die sich gerade in den Alpen Pionierleistungen auf die Fahnen heftet, kann und muss hier durchaus mehr Initiativen entwickeln.

Nötig: Rückbau veralteter Kapazitäten

Neben der Sicherung der Infrastrukturen braucht es bessere Rahmenbedingungen für Unternehmer im heimischen Tourismus. Dies beinhaltet nicht nur die Förderung neuer Einrichtungen, sondern auch das politische Bekenntnis zum gezielten Rückbau veralteter Kapazitäten, die im Markt nicht mehr reüssieren können. Für ein gesundes Wachstum und eine wettbewerbsfähige Betriebsstruktur des alpinen Tourismus ist diese Strukturbereinigung nach Meinung von Experten unabdingbar.

Für ein Unternehmer- und Investitionsfreundliches Klima im Tourismus sind steigende finanzielle Belastungen, wie maximale Hebesätze und ein wachsendes Maß an versteckten Steuern (z.B. auf Energie, Wasser, Erschließung oder Abfall), kontraproduktiv. Sie erschweren die Betriebsansiedelungen und verteuern die Standorte. Auch komplizierte und langwierige behördliche Verfahren mit einer Zersplitterung der Kompetenzen auf un-



Österreichs Alpenlandschaft- ein Tourismusmagnet.

Ulrike Reisner

Ulrike Reisner ist Unternehmensberaterin mit Schwerpunkt auf politische Strategie und Kommunikation in Wien. Sie beschäftigt sich seit mehr als 20 Jahren intensiv mit Fragen der Regionalentwicklung, der öffentlichen Wirtschaft und des Tourismus. Mag. Reisner ist überdies als Lektorin und als Fachpublizistin tätig.



terschiedliche Verwaltungsebenen hemmen die unternehmerische Initiative. Der Abbau von Administration und die Vereinfachung von bürokratischen Verfahren können die Rahmenbedingungen für Unternehmer im heimischen Tourismus verbessern.

Doch Reformen im Tourismus sind hierzulande unendlich zäh und mit massivem Widerstand verbunden. Noch dominieren Gemeinde- oder Bundesländerinteressen über wirtschaftliche Vernunft, wenn es beispielsweise um die Schließung in die Jahre gekommener oder die Neuerrichtung regionaler Freizeitattraktionen geht. Noch sieht die Politik geflissentlich über

die notorisch niedrige Eigenkapitalquote im Tourismus hinweg. Noch geht man davon aus, dass die Kurve – wie in den vergangenen Jahren – weiter nach oben weist. Doch die Idylle ist trügerisch. Denn eine Branche, die in manchen Gemeinden für bis zu zwei Drittel der lokalen Wertschöpfung sichert, ist empfindlich. Einbrüche in der Nachfrage schaden nicht nur ihr selbst, sondern all jenen Betrieben, vom Bäcker bis zum Installateur, die von ihr leben. Reformen sind also längst überfällig. Doch es bleibt zu befürchten, dass die Politik erst dann nach ihnen rufen wird, wenn die Kurve bereits wieder nach unten weist. ■

Zitat:

„**Sozialismus ist keine brauchbare Alternative zum Kapitalismus, denn Sozialismus ist ein reibungsarmes, lethargisches und stationäres System, das binnen kürzester Zeit am bürokratischen Stillstand zugrunde geht. Was der Kapitalismus in seiner Ungestümheit vermässelt, vermässelt der Sozialismus durch Trägheit.**“

Gabor Steingart



ORIENTIERUNG ZUM ZEITGESCHEHEN

Das lohnt sich, zu lesen:

Meinhard Miegel: *"Hybris"* (Propyläen). Der prominente deutsche Vordenker analysiert anhand einer Fülle von Fakten die Krisensymptome der Gegenwart und die fehlerhaften Antworten, die die Politik darauf gibt. Es ist faszinierend geschrieben, lehrreich und anregend wie seine früheren Bücher *"Exit"*, *"Epochenwende"* und *"Die deformierte Gesellschaft"*.

Gabor Steingart: *"Das Ende der Normalität"* (Piper-Verlag). Der Chef des renommierten Handelsblatts war zuvor leitender Redakteur des SPIEGEL. Er ist nicht nur ein begnadeter Schreiber, sondern auch ein ungemein scharfsichtiger Diagnostiker der Gegenwart. Die Schlüsse, die er aus dem demografischen und sozialen Wandel zieht, sind faszinierend. Sehr empfehlenswert auch sein früheres Buch *"Weltkrieg um Wohlstand"* zum Problem, wie Macht und Reichtum neu verteilt werden.

Benedikt Herles: *"Die kaputte Elite"*. (Knaus). Der Autor vollzieht eine gna-

denlose Abrechnung mit dem Managementverhalten in den Chefetagen. Quintessenz des überzeugten Marktwirtschaftlers: Ein gefährliches System von falschen Werten, Denkweisen und Methoden macht sich breit. Herles weiß, wovon er redet, denn er ist selbst Zögling der besten Business-Schools. Seine Hauptvorwürfe beziehen sich auf die Visions- und Ideenlosigkeit, Risikoscheu und Phrasenhaftigkeit seines Milieus.

Byung-Chul Han: *"Im Schwarm"*. (Matthes & Seitz). Der in Berlin lehrende Kulturwissenschaftler befasst sich mit der digitalen Welt und ihren Auswirkungen. Zentrale Erkenntnis: Wir werden durch das neue Medium umprogrammiert, ohne dass wir diesen radikalen Paradigmenwechsel ganz erfassen. Das Taschenbuch spannt einen weiten Bogen über ein Problemfeld, das uns alle angeht. Es lohnt sich, zur Lektüre auf ein paar Stündchen des Surfens im Internet zu verzichten. ■

DIE AUFSICHTSRATSSITZUNG



"Sehr geehrter Herr Präsident, meine Herren Aufsichtsräte, wieder ist ein Jahr zu Ende gegangen und ich habe die Pflicht, Sie über den Geschäftserfolg des Unternehmens zu informieren..."



"... es war, um es vorwegzunehmen, ein ganz ungemein schwieriges Jahr..."



"... zunächst, weil wir die Auswirkungen der ungünstigen internationalen Entwicklung, aber auch die Folgen einer total verfehlten Regierungspolitik voll zu spüren bekommen haben..."



"... dann die Steuerbelastung, die wahnwitzigen EU-Vorschriften, die Konkurrenz der Chinesen, Inder, Mongen, Andorraner, der Klima-wandel, die Banken, der Putin..."



"... unter all diesen widrigen Umständen müssen an den Betriebserfolg diesmal bescheidenste Maßstäbe angelegt werden..."



"... ich komme jetzt noch zu den Perspektiven des neuen Geschäftsjahres..."

USA: WELTMACHT MIT ABLAUFDATUM

von Andreas Kirschhofer-Bozenhardt

Sie kamen vor siebzig Jahren als Befreier und Lehrmeister der Demokratie. Sie brachten Carepakete, Marshallplan, Boogie-Woogie und Kaugummi. Sie bewahrten den Westen vor der stalinistischen Diktatur, betreten als Erste den Mond, führten Kriege in Korea, gegen Kuba, in Vietnam, Afghanistan und im Irak, waren Wächter der Freiheit, predigten den American way of life, produzierten High-Tech und Banken-Crashes, legten Schwüre ab auf die Bibel, errichteten Guantanamo, beugten das internationale Recht zu ihren Gunsten und fühlen sich als Herrscher der Welt.

Wie lange noch?

Die Antwort hängt nicht nur vom Aufstieg Chinas oder anderer Global Players ab, sondern auch von einer Entwicklung, die sich in den USA selbst vollzieht und auf schleichenden Sohlen daherkommt, nämlich als Strukturwandel der Gesellschaft. Das deutsche Paradeblatt DIE WELT überschrieb unlängst einen Bericht darüber mit dem vielsagenden Titel *"Veränderte Staaten von Amerika"*.

Worum es sich im Einzelnen handelt, sind die sogenannten "Millenials", die in den letzten Dekaden vor der Jahrtausendwende geboren wurden, heute also zwischen etwa 18-33 Jahre zählen und mit zunehmendem Alter an die Schaltstellen der politischen und wirtschaftlichen Macht drängen. Was die Millenials auffällig von der traditionellen amerikanischen Gesellschaft unterscheidet, ist ihre Herkunft.

Sie bestehen mehrheitlich aus eingewanderten Latinos, Asiaten und Schwarzen. Dies wird schon in wenigen Jahren dazu führen, dass die Weißen in den USA ihre Mehrheit verlieren und sich mit der Rolle der Minderheit abfinden müssen. Mit der ethnischen Buntheit verbindet sich aber unweigerlich ein Wandel des Lebensstils, der Mentalität und nicht zuletzt des nationalen Selbstverständnisses der Amerikaner. An den demoskopisch erhobenen Verhaltensmustern der Millenials zeichnet sich bereits ab, in welche Richtung die gesellschaftspolitische Reise in den USA geht:

- Bedeutungsverlust der amerikanischen Traditionen und sinkendes Heimatbewusstsein
- Bejahung eines starken Staates und Unlust zu Eigeninitiativen
- Entfernung vom marktwirtschaftlichen Denken
- Verlust an Leistungsgesinnung, verbunden mit nivellierenden Tendenzen
- Sympathiegewinn für den Begriff "Sozialismus"
- Abkehr von Religion und Gläubigkeit
- Befürwortung von Homosexuellenrechten und Zusammenleben in freien Gemeinschaften

Die Gesellschaftsforscher jenseits des Atlantik vermuten, dass sich die Veränderung rasch und dramatisch vollziehen werde. Eine Folge davon könnte sogar zu einer Abkehr der USA vom Weltmachtdenken und zu einem isolationistischen Verhalten führen. ■

DIE UHR ZEIGT 30 JAHRE NACH 12

„Das System geht kaputt, aber keiner regt sich mehr auf“, klagte der bekannte deutsche Demograph Herwig Birg im Hinblick auf die rapide Alterung der Gesellschaft. Auch andere Experten wie Miegel, Klingholz, Heinsohn oder Stock teilen diese Sorge und schlagen schon seit langem Alarm. Inzwischen beginnt sich die Politik endlich die Augen zu reiben, aber die Uhr steht trotzdem schon „30 Jahre nach 12“:

Und das sind einige der Schmerzpunkte des Wandels:

- Die Geburtenrate liegt hierzulande bei 1,4 pro Frau, in Deutschland sogar nur bei 1,36. Das ist bei weitem zu wenig, um die Bevölkerungszahl stabil zu halten. Nötig wären 2,1 Kinder pro Frau.



- Die mittlere Lebenserwartung lag 1871 (zu Beginn der Sterblichkeitsstatistik) in unserem Kulturkreis bei rund 38 Jahren. Jetzt wird jeder Zweite älter als 85 Jahre. Das hat eine riesige Bedeutung für das Pflege- und Gesundheitswesen. In den kommenden 5-7 Jahren fehlen allein in Deutschland rund 77 000 Pflegekräfte. Da die Lebenserwartung in anderen Industrieländern ebenfalls steigt, wird schon bald ein Wettbewerb um Pflegekräfte einsetzen. Der Markt in Europa ist bereits jetzt leergefegt. Der Blick

richtet sich mittlerweile auf ferne Länder wie Thailand.

- Im Jahr 2030 werden mehr als 30 Prozent der Bevölkerung älter als 65 Jahre sein.

- Der Schrumpfungsprozeß der Bevölkerung ist für Jahrzehnte unumkehrbar, weil Nichtgeborene keinen Kinder haben können.

- Wenn der Wohlstand wächst, sinkt gewöhnlich die Geburtenrate, weil Kinder in entwickelten Ländern häufig Wohlstandsverluste bedeuten. „Diese Selbstausbeutung nach innen ist inzwischen gepaart mit der demographischen Ausbeutung anderer Länder. Wir wollen die Besten importieren und profitieren von Menschen, die anderswo eine Lücke hinterlassen. Das ist desaströs“. (Birg)

- „Alle Menschen, die heute Eltern werden, sind im Umfeld von wenigen Kindern aufgewachsen. Sie hatten wenige Geschwister. Das setzt sich offenbar im Verhalten der Menschen fest. Einen Wandel könnte nur die Gesellschaft als Ganzes herbeiführen, indem sie ihre Vorstellung von der Familie, dem Zusammenleben, auch vom Arbeitsleben verändert.“ (Klingholz)

Folgen der Geburtenarmut für Wirtschaft und Gesellschaft

Die Auswirkungen des Alterungsprozesses betreffen nicht nur den Gesundheits- und Pflegebereich. Experten sind einhellig der Überzeugung, daß sich die Alterung auch massiv auf das Wirtschaftswachstum auswirken wird. Kern der Erkenntnis: Das Versprechen eines immerwährenden Wirtschaftswachstums und kontinuierlicher Wohlstandsmehrung ist unhaltbar. Die zurückliegenden 60 Jahre waren eine historische Ausnahmesituation von der niemand weiß, ob sie sich wiederholen wird.

Der SPD-Politiker Peer Steinbrück zieht ebenfalls das „Mantra vom Wachstum“ in

Zweifel. Aus dem Blickwinkel seiner Partei stellt er die Frage, wie die Einbußen verteilt werden, wenn das Wachstum geringer ausfällt, als prognostiziert. Die Zukunft werde dann nicht mehr eindimensional an das Wachstum gekoppelt werden können.

Was indes schwer ins Gewicht fällt, ist der gefährliche Mix von demografischen, wirtschaftlichen und sozialpsychologischen Fakten:

- Die Leistungsträger sterben aus. *„Von 100 Bürgern, die wir gegen weitere Vergrößerung benötigen, werden nur 65 geboren“* (Heinsohn)
- Bis zum Jahr 2020 könnten in Deutschland und Österreich zusammen rund 1,5 Millionen Arbeitskräfte fehlen. Besonders schmerzhaft ist das Fehlen von Mathematikern, Naturwissenschaftlern und Technikern (MINT), Ärzten, aber auch Berufen ohne Uni-Abschluß wie b.B. Spezialisten im Bereich der Energietechnik, Sanitär- oder Klimatechnik.
- In Deutschland bleiben bereits jetzt in vielen Berufen (z.B. Ärzten) die Stellen bis zu 5 Monaten unbesetzt. Im Durchschnitt aller Berufe dauert die Neubesetzung 80 Tage. Dennoch wird es immer schwieriger, Arbeitslose zu vermitteln. (Wegen mangelnder Qualifikation).
- Fehlende Fachkräfte sind eine Wachstumsbremse: Aufträge müssen abgelehnt werden, Projekte werden abgesagt, es wird weniger investiert und produziert.
- Kleine, mittlere und weniger bekannte Unternehmen kommen unter die Räder, weil sie sich mit Arbeitskräften zweiter

oder dritter Wahl zufrieden geben müssen. Sie verlieren damit ihre Konkurrenzfähigkeit und fallen im Wettbewerb noch weiter zurück. Ganz besonders benachteiligt sind kleine und mittlere Betriebe in der Provinz.

- Der Fachkräftemangel wird zu einer Gewichtsverlagerung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern führen. Nicht mehr die Unternehmer haben als die sozial Überlegenen den Vorzug, sich die qualifizierten Mitarbeiter auszusuchen, sondern die Fachkräfte werden sich für die bestzahlenden, sichersten und Aufstieg versprechenden Betriebe entscheiden. Diese Entwicklung wird die Arbeitswelt tiefgreifend verändern und auch das Autoritätsverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern empfindlich beeinflussen.



Allergrößte Bedrohung: Verlust an Vitalität

Eine rapid alternde Gesellschaft entwickelt ein unverhältnismäßig starkes Sicherheitsbedürfnis. Sie wird risikoscheuer, reformunwilliger und damit fortschrittsfeindlicher. Die Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem dürfte laut Allensbacher Beobachtungen in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts einen vorläufigen Höhepunkt gehabt haben. Der Trend zeigt jetzt in Richtung eines Lebens in gewohnten Bahnen. Mobilität, Probier- und Innovationsbereitschaft sind rückläufig. Die Gesellschaft erlahmt. Das aber ist das schlimmste. ■

Aki-

ATTERSEE-REPORT

Schriftenreihe für Gesellschaftsdiagnosen

Board of Experts:

- Dr. Adalbert Cramer, Präsident des Liberalen Klubs Oberösterreich
- Univ. Prof. Dr. Helmut Detter, TU Wien
- Komm.Rat Alois Gradauer
- Univ. Prof. Dr. Lothar Höbelt, Univ. Wien
- Dr. Peter Kraft, Linz
- Dr. Thomas Petersen, IfD – Allensbach, BRD
- Mag. Jerzy Prokopiuk, Wroclaw, Polen
- Mag. Ulrike Reisner, Wien

